

POLICY PAPER GEMEINSAME FORDERUNGEN FÜR EINE GERECHTERE, VIELFÄLTIGE STADT

Netzwerkstelle Urbane Praxis 2025



**Urbane Praxis e.V.
c/o S27 – Kunst und Bildung
Verein zur Förderung der Interkulturellen
Jugendarbeit e.V.
Schlesische Str. 27 b
10997 Berlin**

**Netzwerkstelle Urbane Praxis
kommunikation@urbanapraxis.berlin
www.urbanapraxis.berlin**

EINLEITUNG

Der Tag der Offenen Tür der Urbanen Praxis und weitere Vernetzungsmöglichkeiten aus dem Fachtag Urbane Praxis brachten Initiativen, Kollektive, Künstler*innen, Forscher*innen, Politik und Verwaltung mit Nachbarschaften zusammen, die tagtäglich daran arbeiten, Berlin als solidarische, gerechte und lebenswerte Stadt zu gestalten. Mit dem Hintergrund einer Stadt in der soziale Spaltungen, Verdrängung, Klimakrise und politische Polarisierung den urbanen Raum prägen, wird Urbane Praxis zum Labor für neue Formen des Zusammenseins - jenseits von Profitlogik, Diskriminierung und kurzfristiger Projektpolitik.

Die hier zusammengeführten Forderungen stammen aus den Gesprächen, Austauschmöglichkeiten, Vernetzungsterminen und Dokumentationen der beiden Veranstaltungen. Sie spiegeln die Vielstimmigkeit und zugleich die gemeinsamen Anliegen der Akteur*innen wieder: Räume sichern, Beteiligung neu denken, faire Strukturen schaffen und eine solidarische, ökologische Stadtpolitik einfordern.

Die Forderungen wurden in vier thematische Cluster zusammengefasst, die zentrale Perspektiven der Urbanen Praxis verdeutlichen.

PROBLEMSTELLUNG

Trotz zahlreicher Programme und Initiativen bleibt die Umsetzung einer ganzheitlichen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung in Berlin oft hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Projektkürzungen, mangelnde ressortübergreifende Zusammenarbeit und fehlende echte Beteiligungsprozesse, sowie die schwierigen Probleme in einer der Entwicklungsphasen von Projekten führen dazu, dass viele städtische Entwicklungen fragmentarisch bleiben. Wer tatsächlich mitentscheiden darf, ist häufig unklar – Mitbestimmung wird zwar eingefordert, aber selten strukturell verankert.

Gleichzeitig bleiben viele städtische Freiräume - insbesondere un- oder untergenutzte Orte - unerschlossen oder werden ohne transparente Verfahren vergeben. Damit gehen wertvolle Chancen verloren, die Stadt als gemeinsames Gut zu begreifen und das „Recht auf Stadt“ als praktisches Prinzip in die Planungspraxis zu überführen.

FORDERUNG 1:

RAUMGERECHTIGKEIT & GEMEINWOHLORIENTIERTE STADT

“Raum als demokratisches Gut: Der Zugang zu Stadtraum ist Grundlage von Teilhabe und Meinungsfreiheit.” (Grenzgänge e.V.)

Ausgehend von neu geschaffenen Projekten, wie dem Kulturratster¹ setzt sich die Szene zum aktuellen Zeitpunkt verstärkt für die Zugänglichkeit dieser Informationen und Räume ein. Dies erfolgt sowohl durch Austauschformate, als auch durch Publikationen. Hierbei muss jedoch der Fokus weiterhin gestärkt werden, sodass die Erschiebung von einer kurzfristigen Zwischennutzung, bis hin zu einer experimentellen Pioniernutzung gewährleistet werden kann. Diese Räume eröffnen Freiräume für neue Ideen und Initiativen. Bottom-up-Projekte benötigen dafür Zeit, Verlässlichkeit und Schutz, unabhängig von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Dabei müssen sowohl die Erschließung neuer Orte als auch die Sicherung bestehender Räume im Mittelpunkt stehen.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Die urbane Praxis soll dauerhaft in der Leistungsphase 0 städtischer Planungsprozesse verankert werden, um frühzeitige Beteiligung, Erprobung und gemeinsames Lernen zu ermöglichen.¹ Pioniernutzungen werden dabei als produktiver Teil formaler Planung verstanden,² deren Erkenntnisse in langfristige Entwicklungsstrategien einfließen.

Zur strukturellen Umsetzung wird eine ressortübergreifende Koordinationsstelle empfohlen, die Schnittstellen zwischen Praxis und Stadtplanung stärkt und ressortübergreifend (Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Soziales, Bildung) agiert. Dies muss sich in neuen Kooperationsmodellen widerspiegeln, die sowohl auf konkrete Projekte als auch auf eine nachhaltige, strukturierte Vernetzung der beteiligten Akteur*innen abzielen. Eine agile Verwaltung soll als Ermöglichungsstruktur wirken, personelle Kapazitäten sichern und kooperative Verfahren fördern.

Kartierungen, wie das Kulturratster³ kann als vermittelndes Instrument dienen, um Räume, Akteur*innen und Bedarfe sichtbar zu machen und datenbasiertes Handeln zu unterstützen. So entsteht eine lernfähige, sozial und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung, in der urbane Praxis als Motor für Transformation wirkt.

¹ NATIONALE STADTENTWICKLUNGS POLITIK (2025). GEMEINSAME GESCHICHTE. [HTTPS://WWW.NATIONALE-STADTENTWICKLUNGSPOLITIK.DE/NSPWEB/SHAREDDOCS/BLOGEINTRAEGE/DE/FOKUSTHEMEN/DEMOKRATIEVORORT/GEMEINSAME_GESCHICHTEN.HTML](https://WWW.NATIONALE-STADTENTWICKLUNGSPOLITIK.DE/NSPWEB/SHAREDDOCS/BLOGEINTRAEGE/DE/FOKUSTHEMEN/DEMOKRATIEVORORT/GEMEINSAME_GESCHICHTEN.HTML)

² HAUS DER STATISTIK (2018). PIONIERNUTZUNGEN. [HTTPS://HAUSDERSTATISTIK.ORG/IDEE/](https://HAUSDERSTATISTIK.ORG/IDEE/)

³ KULTURRAUM BERLIN GGMBH (2025). KULTURKATASTER. [HTTPS://KULTURRAUM.BERLIN/PROJEKTE/KULTURKATASTER/](https://KULTURRAUM.BERLIN/PROJEKTE/KULTURKATASTER/)

FORDERUNG 2:

TEILHABE, BETEILIGUNG & MACHTKRITISCHE STRUKTUREN

„Die Stimmen, die am meisten zählen, sind jene, die von Machtstrukturen unterdrückt werden.“ (Feminist Spaces Collective)
- übersetzt von Dana Schneider (Urbane Praxis e.V.)

Beteiligung muss neu gedacht werden - fair, fürsorglich, politisch: Urbane Praxis fordert echte Mitbestimmung statt symbolischer Beteiligung. Stadt soll gemeinsam mit den Communities produziert werden, zugänglich, verständlich und jenseits expertokratischer Hürden. Dies muss besonders angesichts begrenzter staatlicher Förderung entstehen, hierbei kann dies durch neue kooperative und solidarische Organisationsformen, etwa künstlerische und kulturelle Genossenschaften unterstützt werden. Im Mittelpunkt steht eine gerechte, nachhaltige und widerständige Stadt, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und den Schutz marginalisierter Gruppen verbindet. Urbane Räume werden als Gemeingüter verstanden, frei von Verdrängung und Diskriminierung sowie der bestehenden Marktlogik.

Ein Fokus der Urbanen Praxis ist die Inkludierung von Kunst, Kultur und Experiment in den Beteiligungsprozess. Dies soll von Beginn an in Planungsprozesse integriert werden, um Lebensqualität, Akzeptanz und soziale Vielfalt zu fördern. Niedrigschwellige Beteiligungsformen eröffnen insbesondere marginalisierten Gruppen etwa Kindern, Jugendlichen, FLINTA*- und migrantisierten Personen neue Zugänge zur Stadtgestaltung⁴.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Eine zukunftsähnliche Stadtentwicklung basiert auf vernetzten Ressorts und interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Soziales und Bildung – in enger Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Eine Arbeitsgruppe zu Schnittstellen zwischen Praxis und Planung soll Wissen und Erfahrungen aus der urbanen Praxis systematisch in Verwaltungsprozesse einbinden und verstetigen. Dies kann durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung strukturell verankert werden^{5,6}. Damit echte Teilhabe gelingt, braucht es ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen, offene Kommunikation, einfache Sprache und Übersetzungsleistungen, um Zugänglichkeit für alle zu gewährleisten. Zudem müssen vielfältige Perspektiven und unterschiedliche Bedürfnisse aktiv einbezogen werden – etwa durch diverse Planungsteams, mehrsprachige Beteiligungsformate, barrierefreie Zugänge, faire Honorierung von Mitwirkung und kontinuierlichen Austausch zwischen Praxis und Verwaltung.

FORDERUNG 3:

FÖRDERUNG UND VERSTETIGUNG, WISSEN & ZUSAMMENARBEIT (RESSOURCEN)

“Faire und langfristige Förderstrukturen (insbesondere Fortsetzung des Projektfonds Urbane Praxis).” (Kiosk of Solidarity)

Zur nachhaltigen Entwicklung urbaner Praxis ist die Verstetigung von Strukturen, Wissenstransfer und der Aufbau neuer Allianzen unabdingbar. Erforderlich sind mehrjährige Förderprogramme sowie flexible Finanzierungsmodelle, die Mischfinanzierungen, Rücklagenbildung und gemeinwohlorientierte Fonds- oder Genossenschaftsmodelle ermöglichen. Damit kann die derzeitige Projektlogik überwunden und eine langfristige, resiliente Praxis etabliert werden.

Gleichzeitig muss Wissen als gemeinschaftliche Ressource verstanden und systematisch geteilt werden. Urbane Praxis braucht vernetzende Plattformen, in denen Erfahrungswissen, Genehmigungsprozesse und Forschungsergebnisse zugänglich gemacht und weiterentwickelt werden können, dies muss auf zivilgesellschaftlicher Seite, wie auch institutioneller Seite passieren ⁶.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Die Zukunft einer gerechten und lernfähigen Stadt liegt in neuen Kooperationsmodellen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Diese Partnerschaften sollen auf Gegenseitigkeit, Transparenz und Vertrauen basieren und Räume schaffen, in denen Stadtentwicklung als gemeinsamer, demokratischer Prozess verstanden wird.

Zentral ist zum aktuellen Zeitpunkt vor allem die Verstetigung von Förderstrukturen, die langfristige Planungssicherheit bieten, etwa durch mehrjährige Förderung. Dies beinhaltet neue Formen der dauerhaften Finanzierung von Projekten. Genauso muss der Fokus auf Phase-0-Förderungen gelegt werden, welche die experimentelle und konzeptionelle Arbeit der urbanen Praxis von Beginn an ermöglichen. Nur so können nachhaltige Innovationsprozesse entstehen, die über kurzfristige Projektlogiken hinausreichen².

Gleichzeitig braucht es einen freien Zugang zu Wissen und die Anerkennung vielfältiger Wissensformen, eine Veränderung der akademisierten Szene ist hierbei essentiell. Eine zukunftsähnliche Stadtentwicklung muss eurozentristische und rassistische Wissenshierarchien kritisch hinterfragen und plurale Perspektiven gleichberechtigt einbeziehen. Dies schafft die Grundlage für eine dekoloniale, partizipative und solidarische Wissenspolitik, in der lokales, praktisches und erfahrungsbasiertes Wissen denselben Wert besitzt wie institutionelles oder wissenschaftliches Wissen.

FORDERUNG 4:

CLUSTER 4: SOLIDARISCHE, ÖKOLOGISCHE & WIDERSTÄNDIGE STADT

“Schutz marginalisierter Gruppen: „Guarantee community spaces for migrants and queer communities, free from eviction or criminalisation.“
(SoliSur & Ciudad Migrante)

- übersetzt von Dana Schneider (Urbane Praxis e.V.)

Internationale & lokale Solidarität: Urbane Praxis muss Kämpfe verknüpfen gegen Repression, Diskriminierung und ökologische Zerstörung. “Zunächst einmal ist das wichtigste zu beobachten was auf unseren Straßen passiert, also gegen Repression zu sein, Militarisierung und Kriminalisierung von besonders migrantisierten Jugendlichen. Wir fordern besonders mehr Gelder für Bildung, Kultur, eine Infrastruktur zu bauen die wirklich für die Menschen ist, die die Stadt als ihren Lebensraum sehen. Also mit denen zu arbeiten, die in der Stadt leben, aufgewachsen sind, aber auch neu hinzukommen.” (Grenzgänge e.V.)

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Zukunftsfähige Stadtentwicklung erfordert internationale Solidarität und Zusammenarbeit, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Verantwortung. Städte sind Teil eines weltweiten Netzwerks des Lernens – solidarische Partnerschaften ermöglichen den Austausch von Wissen, Methoden und Erfahrungen. Voraussetzung dafür sind strukturelle Maßnahmen zur Antidiskriminierung, Diversitätssensibilität und gerechte Teilhabe. Die systematische Dokumentation urbaner Solidaritätspraktiken ermöglicht Transfer und Sichtbarkeit erfolgreicher Modelle. Eine konsequente Verankerung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit in kommunalen Strategien schafft die Basis für kooperative, fürsorgliche und lernende Städte.

FAZIT

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks, wachsender Polarisierung und der Kürzung von Kulturförderung werden Projekte der Urbanen Praxis zu unverzichtbaren Orientierungspunkten, da sie zeigen, wie Solidarität, Teilhabe und kulturelle Vielfalt verteidigt und gelebt werden können. Es braucht diese Orte mehr denn je - als gelebte Praxis einer solidarischen und gerechten Stadt.

Dort, wo Stadt Ressourcen gerecht bereitstellt, entstehen Räume des Lernens und der echten Teilhabe. Auf die Stimmen der Initiativen und Netzwerke zu hören, bedeutet, vorhandenes Wissen und erprobte Lösungen ernst zu nehmen. Sie zeigen bereits heute, wie solidarische und gerechte Stadtgestaltung gelebt werden kann. Es gilt nun, diese Ansätze zu verstetigen und institutionell zu verankern, nicht als Ausnahme, sondern als neue Planungslogik. Langfristige Förderstrukturen, echte Beteiligung und globale Solidarität sichern die Zukunftsfähigkeit urbaner Entwicklung.

Wir möchten diese Forderungen laut und deutlich in den Vordergrund unserer Praxis stellen - denn die Zukunft urbaner Praxis ist kein Experiment, sie ist gelebte Transformation im Hier und Jetzt.



UNTERZEICHNENDE

URBANE PRAXIS E.V.

Dr. Moritz Ahlert
KIOSK OF SOLIDARITY /
TU BERLIN – INSTITUT FÜR ARCHITEKTUR

Nadja Raszewski, Daniela Grossset
TANZTANGENTE

Chiara Faggionato, Lina Mazenett
AMAZONEN IN BERLIN

Kilian Flade

Kristin Lazarova
FLOATING E.V. / TRAMDEPOT / CRITICAL
ENTRIES / URBANE LIGA

Gabriele Reuter
KIM KULTURINSTITUTMOBIL

David Nil Morsi
FLOATING E.V. / URBANE LIGA E.V.

Gibran Mena
DATACRITICA



Dr. Moritz Ahlert
KIOSK OF SOLIDARITY /
TU BERLIN – INSTITUT FÜR ARCHITEKTUR

Nadja Raszewski, Daniela Grossset
TANZTANGENTE

Chiara Faggionato, Lina Mazenett
AMAZONEN IN BERLIN

Kilian Flade

Kristin Lazarova
FLOATING E.V. / TRAMDEPOT / CRITICAL
ENTRIES / URBANE LIGA

Gabriele Reuter
KIM KULTURINSTITUTMOBIL

David Nil Morsi
FLOATING E.V. / URBANE LIGA E.V.

Dana Schneider
URBANE PRAXIS E.V. / TREFFDICHTRIFFDICH

3

POLICY PAPER GEMEINSAME FORDERUNGEN FÜR EINE GERECHTERE, VIELFÄLTIGE STADT

Netzwerkstelle Urbane Praxis 2025